

ZBB 2004, 509

BVerfGG § 32 Abs. 1; RBERG Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1

Möglicher Verstoß gegen das Recht auf faires Verfahren wegen Nichtabwartens unmittelbar bevorstehender BGH-Rechtsprechung zu Schrottimmobilien (hier: II. Zivilsenat zu Immobilienfonds)

BVerfG, Beschl. v. 15.09.2004 – 1 BvR 1924/04 (OLG Dresden), ZIP 2004, 1977 = WM 2004, 2348 = ZfIR 2004, 876 = EWIR 2004, 1029 (E. Schneider)

Leitsätze:

- 1. Es ist verfassungsrechtlich bedenklich, wenn ein Instanzgericht einen Termin zur Verkündung einer Entscheidung – hier: über eine Klage gegen die Zwangsvollstreckung wegen Rückzahlung des einen Immobilienfondsbeitritt finanzierenden Darlehens – nicht aufhebt, nachdem der Bundesgerichtshof eine für das Verfahren maßgebliche Rechtsfrage neu entschieden hat (II. Zivilsenat, ZIP 2004, 1394 u. a.) und die Begründung – abgesehen von einer Pressemitteilung – noch nicht bekannt ist.**
- 2. Bei der im Rahmen der einstweiligen Anordnung über die Aussetzung der Zwangsvollstreckung vorzunehmenden Abwägung fällt die hierdurch bewirkte Verzögerung der Vollstreckung gegenüber der Gefahr des finanziellen Ruins weniger ins Gewicht.**